

Abg. große Deters erklärte zum Antrag der Arbeiterwohlfahrt, als Rheinbacher Bürger könne er bestätigen, dass der Antrag nicht nur beim Bürgermeister, sondern auch in der Rheinbacher Bevölkerung eine breite Zustimmung finde. Es sei bereits mit viel Eigeninitiative gelungen, vor Ort ein Sozialzentrum auf die Beine zu stellen. Dieser beherberge beispielsweise die „Neuen Pfade für Jugendliche“, und „Die Tafel“. Die Begegnungsstätte für offene Seniorenarbeit befinde sich im Rheinbacher Norden, wo es ansonsten kaum noch Möglichkeiten zu Begegnung und sozialem Austausch gebe. Die AWO habe Schwierigkeiten, ihre vielfältigen Aktivitäten, die gerade für dort lebende Senioren von Bedeutung seien, aufgrund des Mangels an geeigneten Räumlichkeiten weiterzuführen.

Die Stärke des nun vorgeschlagenen Konzeptes läge nicht nur darin, die Begegnungsmöglichkeiten weiter auszubauen, sondern auch darin, den Synergieeffekt durch die verschiedenen sozialen Anbieter zu nutzen. Er bat die Ausschussmitglieder daher, den Antrag der AWO zu unterstützen.

Abg. Hurnik wandte ein, dass der Antrag nicht in das Konzept des damaligen Beschlusses zur „Quartiersentwicklung“ passe. Zielsetzung des Förderbeschlusses sei es gewesen, Modellprojekte zu unterstützen, die es Senioren ermöglichen würden, trotz Krankheit und Pflegebedürftigkeit im häuslichen Umfeld zu verbleiben und somit einer stationären Heimaufnahme entgegenzuwirken; Gegenstand sei es nicht – wie im vorliegenden Antrag – Seniorenbegegnungsstätten zu fördern. Zudem müsse bedacht werden, dass die Räumlichkeiten der Begegnungsstätte nur für einen bestimmten Zeitraum gemietet seien, laut Bürgermeister eine Überplanung mit anderer Nutzung anstehen könne und es damit keine Garantie dafür gebe, dass eine längerfristige Nutzung der Räumlichkeiten gewährleistet sei. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion dem Antrag der AWO nicht entsprechen.

Abg. Deussen-Dopstadt schloss sich den Bedenken des Abg. Hurnik an und bat Abg. große Deters um Mitteilung, worin der professionelle Beitrag des Sozialzentrums zur Verhinderung von Pflegebedürftigkeit und Vermeidung der Unterbringung älterer Menschen in einer stationären Einrichtung liege.

Abg. große Deters räumte ein, bis jetzt sei eine professionelle Hilfe in Form von Tagespflegestrukturen etc. nicht angedacht. Gleichwohl sei die durch ehrenamtliche Mitarbeiter begleitete Arbeit der AWO darauf ausgerichtet, Seniorinnen und Senioren in ihrem Alltag zu unterstützen, damit auch der Pflegebedürftigkeit entgegenzuwirken und den Verbleib im häuslichen Umfeld zu sichern. Er sehe auf jeden Fall einen deutlichen Bezug zur Zielsetzung der Quartiersentwicklung. Gerade solche Ansätze zur Selbsthilfe sollten als Form der Entlastung und Flankierung von professionellen Strukturen betrachtet und unterstützt werden. Er regte an, die Definition, wie das Ziel der Quartiersentwicklung erreicht werden könne, insgesamt großzügiger auszulegen. Das Projekt der AWO könne der Zielsetzung dann durchaus gerecht werden.

Abg. Mazur-Flöer mahnte, den Antrag nicht vorschnell abzulehnen. Es biete sich eine gute Gelegenheit, im strukturschwachen Gebiet Rheinbach-Nord etwas für Senioren aufzubauen. Hieraus könne sich möglicherweise noch ein Angebot mit tagesstrukturierenden Maßnahmen entwickeln. Es sei zu kurz gedacht, den Antrag nur mit der Begründung, das Projekt der AWO passe nicht in das Konzept der „Quartiersentwicklung“ und die zeitliche Dauer des Angebots sei unklar, abzulehnen. Zur Quartiersentwicklung gehöre es ebenfalls, Strukturen zu unterstützen, die es Seniorinnen und Senioren gestatteten, weiterhin dort zu leben, wo sie verwurzelt seien. Gerade hier setze das Projekt der AWO an. Daher müsse überlegt werden, wie eine Unterstützung des Projektes aussehen könne.

Abg. Hurnik verwies auf die Projektbeschreibung des Antragstellers und betonte, es sei nicht Aufgabe des Rhein-Sieg-Kreises, Seniorenbegegnungsstätten zu fördern und den Städten und Gemeinden diese originäre Aufgabe aus der Hand zu nehmen. Denn sonst ergebe sich daraus zwangsläufig, dass der Rhein-Sieg-Kreis künftig die Förderung von Seniorenbegegnungsstätten für alle 19 Kommunen übernehmen müsse. Zudem habe das Projekt der AWO nicht den geforderten Modellcharakter.

SkE Klippel erklärte seine Verwunderung darüber, dass die Stadt Rheinbach das Projekt zwar grundsätzlich befürworte, jedoch nicht finanziell unterstütze. Er wies weiter darauf hin, dass jeder, der sich um eine Projektförderung bewerbe, auf das Problem stoße, sich mit nur vage definierten Fördervoraussetzungen auseinandersetzen zu müssen. Aus Erfahrung könne er sagen, dass der Aufbau von Pflegestrukturen, wie Tagespflegeangebote etc., für Ehrenamtliche wegen des hohen wirtschaftlichen Risikos eine nicht zu bewältigende Aufgabe darstelle. Schwerpunkt einer Quartiersentwicklung könne seiner Ansicht nach nur sein, tagesstrukturierende Maßnahmen und pflegeergänzende Angebote zu stützen und auszubauen. Nur so könne dauerhaft der Einzug in ein Pflegeheim verhindert werden. Wegen der abnehmenden Mobilität von Senioren müsse ein solches Angebot dann auch mit einem Fahrdienst verbunden werden. Er empfahl dem Ausschuss dringend, die Förderung solcher Angebote in Betracht zu ziehen, selbst wenn dies nicht flächendeckend erfolgen könne.

SkB Gross äußerte, auch ihm liege der Gleichbehandlungsgrundsatz am Herzen; wenn es zu einer Förderung für Rheinbach käme, müsste allen anderen Kommunen ebenfalls eine solche Förderung angeboten werden. Darüber hinaus erkundigte er sich nach der Anzahl der Personen, die das Angebot überhaupt in Anspruch nehmen würde.

Abg. Deussen-Dopstadt machte darauf aufmerksam, dass der Antragsteller zunächst einmal erkennbar machen müsse, dass sein Projekt den geforderten Modellcharakter im Sinne eines Leuchtturms habe und sich damit deutlich von einer normalen Altenbegegnungsstätte abgrenze. Derzeit sei nicht ersichtlich, an welcher Stelle sich der Ansatz der AWO von den unzähligen Begegnungsstätten im Rhein-Sieg-Kreis abhebe. Sofern dem Antragsteller dies gelinge, könne er seinen Antrag erneut in den Ausschuss einbringen.

Daraufhin kündigte Abg. große Deters an, dies zu versuchen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass es dem Antragsteller gelingen werde, dann auch den neuen Ansatz in seinem Konzept herauszustellen. In Bezug auf die angesprochene Planungssicherheit versicherte er den parteiübergreifenden politischen Willen des Stadtrates, das Sozialzentrum in diesem Gebiet auf Dauer zu erhalten.

Die Vorsitzende stellte fest, dies sei ein Punkt, der mit der Stadt Rheinbach noch geklärt werden müsse.

Sodann rief die Vorsitzende zur Abstimmung auf.